

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 20013.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. März. (Privattelegramm.) 45 Cava-
lliere in Berlin und Hannover sind in Folge der
Anzeige eines schlesischen Magnaten wegen Falsch-
spiels, Wucher und Schlepperei angeklagt. Der
Hauptbeschuldigte ist nach Amerika geflüchtet.

Berlin, 7. März. (W. L.) Der „Römlischen
Ztg.“ zufolge war General v. Löe in vaticanischen
Kreisen der Gegenstand besonderer Aufmerksam-
keit. Der Papst übergab ihm einen eigenhändigen
Privatbrief an den Kaiser.

Paris, 7. März. (W. L.) In der Kammer befür-
wortete gestern der Justizminister Develle den Gesetz-
entwurf betreffend die Beleidigung von Gouvernés
und Gesandten. Der Ministerpräsident Ribot er-
klärte namens der Regierung sein Einverständnis
mit den Ausführungen Develles. Nach Erklärungen
der Deputirten Millevoye und Peletan, welche den
Entwurf bekämpften, stellte Ribot die Vertrauens-
frage. Die Kammer beschloß mit 237 gegen
188 Stimmen, zur Berathung der einzelnen Artikel
des Entwurfs überzugehen, und nahm darauf
den Gesetzentwurf an.

Paris, 7. März. (W. L.) Einer Depesche aus
Sainte Marie auf Madagascar zufolge, hat der
Aviso „Labordonnaise“ Schiffbruch gelitten. 23 Per-
sonen sind dabei umgekommen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 7. März.

Unsere politische Lage.

Bereits im vierten Monat ist der Reichstag ver-
sammelt; nahezu 60 Sitzungen hat er gehalten,
aber man könnte fast versucht sein, auf das par-
lament das Wort des Dichters anzuwenden: ich
höre das Klappern einer Mühle, doch sehe ich
kein Mehl. Von einigen kleineren Gelegenheits-
gesetzen abgesehen, haben die parlamentarischen
Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis
gehabt. Gleichwohl hat es an aufregenden und
theilweise auch spannenden Debatten nicht gefehlt.
Die erste Lesung der Militärvorlage, die recht
eigentlich im Mittelpunkt alles parlamentarischen
und politischen Interesses steht, ist noch im alten
Jahre erledigt worden, ohne daß auch nur die
entfernteste Möglichkeit einer satten Gruppierung
der Parteien am politischen Horizont aufgetaucht
wäre. Die Regierung hat Mühe genug gehabt,
auch nur die conservative Partei, die doch recht
eigentlich die Verpflichtung hätte, mit ihr zu gehen,
zu einer halb freiwilligen, halb erzwungenen Zu-
stimmung zu drängen. Die Mittelparteien
und das Centrum, ohne deren Mitwirkung die
Lösung der Frage nicht gelingen kann, warten
aber heute noch auf eine bindende Erklärung der
Regierung über die Zugehörigkeiten, die sie zu
machen schließlich doch gewillt sein muß, nachdem
fast alle Parteien die jetzige Vorlage in ihrer
Gesamtheit vom militärischen wie vom
finanziellen und wirtschaftlichen Standpunkte
aus für unmöglich erklärt haben. Jede Partei
sucht die Lösung auf einer anderen Basis und
die Regierung ist in der peinlichen Lage, daß in
dem Augenblick, wo sie der einen Partei die
Hand bieten möchte, die unbedingten Freunde
der Militärvorlage mißvergnügt abstoßen. Noch
ungefähr und jüngster ist die Lage
geworden, seitdem die Agrarier das Banner der
Opposition gegen die Handelspolitik der Re-
gierung aufgestellt und ihr angedroht haben,
ihren Stuhl vor die Thüre zu setzen, wenn sie
nicht an der bisherigen Protectionspolitik fest-
halten sollte. Überdies hat die bis dahin streng
gouvernementale Partei, die in der Militärvorlage
angeblich ganz auf der Seite des Grafen Caprivi
steht, durch ihre antisemitische Schwenkung einen
neuen Gegensatz zwischen sich und der Regierung
geschaffen, der nur deshalb zur Zeit nicht zum
schroffen Ausdruck gelangt, weil Graf Caprivi
der eigentliche Träger der Militärvorlage ist.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß
die Verhandlungen des Reichstages über akade-
mische Debatten von langer Dauer und Ergebnis-
losigkeit nicht hinauskommen und daß der Reichs-
tag an einer nachgerade chronischen Beschlus-
unsfähigkeit leidet. Wer sich nicht gerade berufen
fühlt, an der einen oder anderen Erörterung
teilzunehmen, bleibt dem Sitzungssaal fern und
wenig belästigende Debatten schleppen sich Tage
lang hin, weil niemand wagt, einen Schlafantrag
einzubringen, der zunächst nur die Wirkung haben
möchte, die latente Beschlussfähigkeit des Hauses
offiziell feststellen zu lassen. Da ist es kaum noch
zu verwundern, daß auch das Präsidium der
traurigen Lage der Dinge Rechnung trägt und
anstatt die Reihenfolge der Redner nach der Be-
deutung und Gruppierung der Parteien zu regeln,
jedem das Wort in der Reihenfolge giebt, in der
er sich gemeldet hat, obgleich eine offizielle Redner-
liste im Reichstage nicht existiert. Mit einem Worte:
der Reichstag ist beinahe, wie man zu sagen pflegt,
außer Rand und Band. Natürlich ist das nicht
die Schuld des Reichstages allein. Doch davon
ein andermal.

Eine neue Differenz zwischen den Conser- vativen und der Regierung.

Während der Reichstag gestern ohne weitere
erregt. Debatten und ganz en petit comité —
gegen 3 Uhr waren 47 Abgeordnete an-
wesend — den Postelat erlebte, hat der Streit
um die Bergwerbegerichte im Abgeordneten-
hause noch einen guten Theil der gestrigen
Sitzung in Anspruch genommen. Das Ende war,

wie schon gemeldet, eine wohlverdiente, aber
schwere Niederlage der beiden conservativen
Fractionen.

Das Streitobject ist das folgende: Im Statut der
Bergverwaltung findet sich als Einnahme eine
Position von 8000 Mk. der Bergwerbegerichte
mit folgenden Bemerkungen: Zum 1. April 1893
soll nach Maßgabe des § 77 des Reichsgesetzes
vom 29. Juli 1890 (betreffend die Gewerbegefechte)
mit der Errichtung von 5 Bergwerbegerichten
für die bedeutenderen Bergbaubezirke des Staates
vorgegangen werden, als deren Sitz die Städte
Beuthen O. S., Waldenburg i. S. S., Dortmund,
Saarbrücken und Aachen in Aussicht genommen
sind. Bei jedem dieser Gerichte ist eine ent-
sprechende Anzahl von Kammer — im ganzen 32 —
vorgesehen, und zwar in der Regel als sogenannte
detachirte Kammer am Amtssitz der kgl. Berg-
revierbeamten der betreffenden Gerichtsbezirke. Die
gemäß § 57 des Reichsgesetzes zu erhebenden
Verhandlungsgebühren sind entsprechend der An-
zahl der nach ungefährer Annahme zur Verhand-
lung kommenden Streitsachen normirt. Die Aus-
führung dieser Absicht der fiscalischen Bergver-
waltung sollte durch die Streichung dieser Position
verhindert werden. Dass gerade die conservative
Partei des Abgeordnetenhauses unter Führung
des Herrn v. Minnigerode sich berufen fühlt, dem
preußischen Handelsminister die Ausführung
des Reichsgesetzes entsprechend der Anweisung in
dem kaiserlichen Erlaß vom Frühjahr 1890 —
wonach die staatlichen Bergwerke Musteraanstalten
werden sollten — unmöglich zu machen, ist einiger-
maßen rätselhaft. Welches Interesse haben die
Agrarier daran, die Einführung von Gewerbe-
gerichten auf den fiscalischen Bergwerken zu ver-
hindern? Es kann darnach nicht überraschen, daß
ein freisinniger Redner, der Abg. Schmidt-Eber-
feld, die Vermuthung aussprach, es sei daraus
abgesehen, dem Handelsminister v. Verleppis
wegen seiner Haltung in den Handelsvertrags-
angelegenheiten ein Bein zu stellen, wie die Herren
das unlängst auch bei dem landwirthschaftlichen
Minister v. Henzen-Cadov versucht haben.

Es ist richtig, daß der Feuerreiter, mit dem im
Jahre 1890 die Socialpolitik im Sinne einer Ver-
söhnung der Arbeiterbevölkerung in Angriff ge-
nommen worden ist — durch das Arbeiterschutz-
gesetz und das Gewerbegefecht —, inzwischen
etwas erlahmt ist. Verschiede doch auch der Abg.
Ritter, daß der Reichstag abg. v. Clumia sic...
zwischen aus einem Befürworter der Gewerbe-
gerichte in einen Gegner derselben verwandelt
habe. Aber dieser Stimmungswchsel innerhalb
der conservativen Partei scheint doch einen tiefen
Grund zu haben. Herr v. Minnigerode er-
klärte zwar, die Theilnahme socialdemokratischer
Bergarbeiter an diesen Gewerbegefechten werde
der Socialdemokratie selbst zu Gute kommen.
Aber das ist wohl kaum ernst gemeint. Die Herren
find mit dem gesammelten Verhalten der Regierung
gegenüber den Socialdemokratie und namentlich
mit dem Auftakttreffen des Socialistengesetzes
unzufrieden und sie würden, wenn sie das Heft
in der Hand hätten, zweifellos auch im Wege der
Gesetzgebung durch Beschränkung des Preß-
Vereins- und Versammlungswesens den Kampf
gegen die Socialdemokratie nach den alten Regeln
wieder aufnehmen. Die in Rede stehende Position
im Statut der Bergverwaltung war offenbar nur
ein Vorwand, ihre abweichende Stellung auf dem
Gebiete der Socialpolitik zu markieren.

Jedenfalls ist damit ein neuer Differenzpunkt
zwischen der conservativen Partei und der jetzigen
conservativen Regierung geschaffen, eine Differenz,
die auch nach der heutigen Abstimmung bestehen
bleibt und die sofort praktisch werden würde,
wenn es nach Erledigung der Militärvorlage im
Reichstage oder nach dem Scheitern derselben den
Conservativen gelingen sollte, den Grafen Caprivi
über Bord zu werfen. Von den Mitgliedern der
conservativen Fraction im Abgeordnetenhaus
haben nur einige, die sich im Reichstage durch
ihre Votum über das Gewerbegefecht gesetzes-
gebunden haben, gegen den Antrag Minnigerode
gestimmt. Wenn die Regierung bei der Ab-
stimmung den Sieg davongetragen hat, so ver-
dankt sie das ausschließlich den nichtconservativen
Parteien. Der conservativen Handelsminister, Frei-
herr v. Verleppis war gepflegt, sich gegen den
Angriff der conservativen Freunde der Regierung
mit Hilfe der nichtconservativen Parteien zu ver-
theidigen. Das Centrum, die Nationalliberalen —
bis auf einige Ausnahmen — und die Frei-
sinnigen, die 1890 im Reichstage gegen das Ge-
werbegefecht gestimmt haben, weil dasselbe
eine Reihe für sie nicht annehmbarer Bestim-
mungen enthielt, bildeten die Mehrheit, welche
die Regierung unterstützte. Für die Stellung
der Regierung ist das in hohem Grade charak-
teristisch.

Die Einfuhr von Brodkorn

in Deutschland ist im Monat Januar d. J. erheb-
lich hinter der Einfuhr desselben Monats im Vor-
jahr zurückgeblieben. Die neuesten Handelsaus-
weise geben darüber folgende Zahlen:

im Monat	Einfuhr in Doppelcr.
Januar 1892	567 599
1893	1 582 259

Während demnach im vorigen Jahre an Weizen
und Roggen zusammen 1869 938 Doppelcentner
eingeführt wurden, betrug die Einfuhr im laufen-
den Jahre nur 684 905 Doppelcentner oder wenig
mehr als ein Drittel der vorigen Einfuhr.

Die starke Abnahme der Einfuhr von Brodkorn
hält aber bereits seit Beginn des laufenden
Erntejahrs 1892/93 an. Rechnet man mit der
amtlichen Statistik das Erntejahr von Anfang
August bis Ende Juli, so liegen jetzt die Handels-
ausweise für die erste Hälfte des Erntejahrs

1892/93 bereits vor. Eine Vergleichung dieser
Zahlen mit den entsprechenden der drei Vorjahre
ergibt folgende Zusammenstellung:

Einfuhr in Doppelcentnern			
August—Januar	Weizen	Roggen	Zusammen
1892/93	3 190 177	719 933	3 910 080
1891/92	6 627 104	4 052 057	10 679 161
1890/91	3 289 986	3 527 946	6 817 932
1889/90	3 008 081	5 143 295	8 151 376

Die Einfuhr an Brodkorn hat darnach in der
ersten Hälfte der früheren Erntejahre durchweg
das Doppelte bis nahezu das Dreifache der Einfuhr
in der ersten Hälfte des laufenden Jahres
betrugen. Bemerkenswerth ist dabei, daß die
Einfuhr von Weizen sich, abgesehen von dem
Ausnahmejahr 1891/92, ungefähr auf gleicher
Höhe erhalten hat, während der Rückgang vor-
nehmlich auf Roggen entfällt. Die in den letzten
Jahren eingetretene Steigerung des Weizen-
consums hat mithin, unterstützt von dem auch in
diesem Jahre billigen Preisstande des Weizens,
im laufenden Erntejahr fortgedauert. Im ganzen
lassen alle diese Zahlen erkennen, wie der
Getreidehandel sich in seinen Beziehungen von aus-
ländischer Getreide dem Bedarf anpaßt. Die ein-
heimische Getreideproduktion beherrscht in diesem
Jahre den inländischen Markt in einem Um-
fange, wie seit Jahren nicht. Speciell in Roggen
ist die Einfuhr ausländischer Ware geradezu
geringfügig geworden, denn der Einfuhr von
700 000 Doppelcentnern steht eine überaus
günstige inländische Ernte gegenüber, deren Er-
trag auf etwa 60 Millionen Doppelcentner zu
schätzen ist.

Die Wahlen in Spanien.

In Madrid sind alle republikanischen Can-
didaten gewählt; Madrid entsendet somit 6 Repu-
blikaner und 2 Monarchen in die Deputierten-
kammer; unter den gewählten Republikanern be-
findet sich Torilla. Die Clericalen haben keinen
ihrer Candidaten durchgebracht.

Von weiteren Wahlresultaten sind die folgenden
bekannt: Gewählt sind: in Barcelona zwei
Republikaner, drei Ministerielle; in Sevilla der
Republikaner Castellar, zwei Ministerielle, ein
Conservativer; in Saragossa zwei Republikaner,
ein Conservativer, ein Ministerieller; in Valencia
zwei Republikaner, ein Conservativer. Der Finanz-
minister Gamazo ist in Medina gewählt worden,
Canoras del Castillo in Ceuta (Provinz Murcia).
Ruhestörungen haben sich noch in einer ganzen
Reihe von Orten ereignet. In Almeria zerstreute
die Polizei eine Gruppe, die eine republikanische
Fahne mit sich führte, in Nara del Rey wurde
ein Carlist, welcher „es lebe Don Carlos!“ rief,
schwer verwundet, in Valencia wurden die
Wahlurnen durch die Fenster geworfen. In Sar-
agozza wurden mehrere Wähler wegen Stimmen-
handels verhaftet.

In Madrid verlautet gerüchteweise, der Maire
von Madrid und einige Gouverneure der Pro-
vinzen würden von ihren Posten zurücktreten.

Der Gouverneur von Kreta.

Die „Agence de Constantinople“ erklärt die
Meldung des Londoner „Standard“, die Botschafter
hätten sich in der Frage der Nachfolge-
schaft des Gouverneurs von Kreta einstimmig zu
Gunsten des Fürsten von Samos, Karatpeodoru
Pascha, ausgesprochen, für durchaus unrichtig.
Die „Agence“ fügt hinzu, daß der Ferman vom
Jahre 1889 nicht die Dauer der Function des
Gouverneurs feststelle. In der letzten der Con-
ferenzen der Botschafter, welche allmählich statt-
finden und einen Privatcharakter tragen, habe
der russische Botschafter Neidoff, unterstützt von
dem französischen Botschafter Cambon wohl ge-
äußert, daß die Ernennung eines christlichen
Gouverneurs wünschenswerth wäre, doch habe
sich die Mehrzahl der anderen Botschafter nicht
auf diese Frage eingelassen. Von einem Schritte
der Botschafter oder einer Empfehlung derselben
bei der Pforte sei somit keine Rede.

Vom französischen Obercommandanten in Dahomey.

Eine Depesche des General Dodds vom 4. d. M.
bezeichnet die Lage in Dahomey als befriedigend,
obwohl in gewissen Gegenden noch Unsicherheit
herrscht. Die Garnison von Abomey wechselt
Flintenschüsse mit Marodeuren. General Dodds
schließt seinen Bericht mit dem Hinweis auf die
Nothwendigkeit, seine Streitkräfte nicht zu ver-
mindern.

Reichstag.

59. Sitzung vom 6. März, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrates: v. Stephan.
Die Beratung des Poststetats wird fortgesetzt. Die
Diskussion über den Ausgabefiel „Gehalt des Staats-
sekretärs“, 24 000 Mk., nimmt ihren Fortgang.

Abg. Bebel (soc.): Auch wir halten dafür, daß dem
Beamten durch seine Beamtenstellung seine staats-
bürglerischen Rechte nicht im geringsten beschränkt
werden dürfen. Will man in dieser Beziehung bestimmen,
so muß der Weg der Gesetzgebung bestimmt werden,
immer mehr darf aber die Verwaltung auf
dem Wege des Erlasses besondere Vorschriften diese
Beschränkung eintreten lassen. Bei der Beratung der
Bundesversammlung wollte der Reichskanzler, damaliger
Bundeskanzler Graf Bismarck, eine Bestimmung auf-
genommen wissen, welche den Staatsbeamten das passive
Wahlrecht nahm. Wir würden einer solchen Bestimmung
durchaus widersetzen. Wir würden es für einen
Vortheil halten, wenn Landräthe, Regierungs- und
Oberpräsidienten, Staatsanwälte und dergl. auf diese
Weise vom Reichstag fern gehalten werden könnten.
So lange es aber gesetzlich anders vorgeschrieben ist,
darf man sich nicht darüber hinwegsetzen; was den
höheren Beamten recht ist, muß den unteren und auch
den Postbeamten billig sein. Es handelt sich nicht
einmal um einen politischen, sondern um einen reinen
Privateinstanz, an dem sich die gemafregelten Post-
assistenten beteiligen. Was Herr v. Stephan hier an-

den beiden

nur in seinem Namen gesprochen; ich habe dagegen im ausdrücklichen Auftrage des Parteivorstandes dem Staatssekretär zu danken für die Entschiedenheit und Entschlossenheit, mit welcher er die Autorität und Disciplin in seinem Konsort gewahrt hat. (Beifall rechts.) Wir bedauern sehr, daß sich kein Wort der Anerkennung außer der unserigen hier laut geworden ist. Der preußische Beamte wird immer noch Recht finden, wenn er Recht sucht, aber er soll sich an eine andere Adresse wenden. Was Herr Bebel mir vorhältnis wegen Darstellung der Zeitungen, entspricht nicht den Thatfachen, ich habe das Gegenteil gesagt. Ich habe nur verlangt gleiches Recht für alle, was wir Conservative immer verlangen. (Lachen links.) Wir wollen, daß die Zeitungen, welche nicht den Umsturz predigen, nicht teurer bezahlen müssen als andre. Den Geist der Zeitungen will ich unter keinen Umständen hineingezogen wissen. Kommt man dahin, die guten Zeitungen möglichst billig und die schlechten möglichst teuer zu verkaufen, dann halte ich es für natürlich, daß man die „Kreuzzeitung“ umsonst befördert. (Heiterkeit links.) Wie wollen eine gleiche Beförderungsgebühr. Das bisherige System sieht eine Prämie auf die billigen Umsturzblätter, das geht zu weit, das Geld aller Steuerzahler für diese Zwecke auszugeben.

Abg. Böllrath (Frei): Wenn die Conferenz wegen der Zeitungsbeförderung zusammentritt, bitte ich auch Angehörige dieses Erwerbs oder Literaturzweiges zu zugehen. Es freut mich, daß von einer Kaiserinierung der unteren Postbeamten abgesehen werden soll. Von einem solchen Zusammenperchen in amtlichen Wohnhäusern ist in der That nichts zu erwarten. Ich muß nun noch auf die Rede des Hrn. v. Stephan vom Freitag zurückkommen. Ich habe von Postproletarien nicht im wegwährenden Sinne gesprochen, sondern die fortwährende Proletaristrung bedauert. Bei der Kaiser Wilhelm-Stiftung hat dann Herr v. Stephan darauf hingewiesen, daß 38000 Beamte unterstellt worden sind. Dieser ist sehr ehrlich; wenn sie richtig ist, würde der Staatssekretär doch mehr den Titel eines Groß-Almosenir der nothleidenden Postbeamten als den des Staatssekretärs des Reichspostamtes verdienen.

Director Fischer: Herr Böllrath hat zweimal ausdrücklich von Proletarien gesprochen. Eine Verfügung vom Reichspostamt in Sachen der „Verkehrszeitung“ ist nicht ergangen. Diese Behauptung ist ein Märchen.

Abg. Bebel: Wenn die neuen Maßnahmen der Postverwaltung darauf hinausgehen, den Zeitungsvertrieb zu verhütern, so werden wir im Reichstag zu überlegen haben, ob der Post ihr Regal weiter belassen werden kann.

Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.): Ich will nur Zeugnis dafür ablegen, daß auch wir von dem Gewichte der Dienste des Herrn v. Stephan vollständig durchdrungen sind und wünschen, daß der Zeitpunkt seines Scheiterns noch recht fern sei. Im Punkte des Postassistenten-Verbandes stehe ich allerdings auch nicht auf seinem Standpunkte, sondern auf dem der Mehrzahl der Redner aus dem Hause. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Böllrath: Wie haben die augenblickliche Lage des postalischen Wesens ganz objektiv und nüchtern zu beurtheilen und müssen dabei bleiben, daß eine Stagnation eingetreten ist. Wenn auch eine Verfügung des Reichspostamtes wegen der „Verkehrszeitung“ nicht explizit, so ist das nur ein Streit um Worte. Das betreffende Aktenstück bezeichnet sich als Denkschrift und tatsächlich hat man Abonnenten und Inserate gesammelt. In wegweisendem Sinne habe ich von Proletarien nicht gesprochen, wie ich nochmals hervorhebe.

Damit schließt die Discussion. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso die übrigen persönlichen Ausgaben für die Centralverwaltung.

Bei den Besoldungen für die Betriebsverwaltung, 1. Oberpostdirektionen, nimmt bei den Gehältern für e Postbeamten das Wort

Abg. Böllrath, um die Verbesserung der Besoldung der Postbeamten zu befürworten. Ihre Einkommensverhältnisse, Durchschnittsgehalt 5100 Mk., ständen gegen die Einnahmen tüchtiger Privatarchitekten entschieden zurück. Redner fragt, ob ihnen wenigstens nebenamtlich die Übernahme von Privatarbeiten erlaubt ist.

Director Fischer bestätigt, daß diese Erlaubnis gegebenenfalls erhellt wird.

Die von der Budgetcommission vorgeschlagene Resolution, „den Reichspostamten zu ersuchen, die Ausdehnung des Systems der Dienststellen auf die Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederholt in Erwägung zu ziehen“, wird angenommen; beseitigen die sämtlichen Staatsforderungen für die Subaltern- und Unterbeamten.

Für 14900 Landbriefträger sind 11547500 Mk. ausgeworfen; Zugang 400 neue Stellen zu 775 Mk. Das Gehalt variiert von 650 bis 900 Mk.

Abg. Schmid-Sachsen (Socialdem.): tritt für eine Aufbewahrung dieses so geringen Ansangsgehalts von 650 Mk. ein.

Director Fischer: Das Durchschnittsgehalt der Landbriefträger bleibt gegen das der entsprechenden Eisenbahnen, der Bahnwärtler, um 25 Mk. zurück, aber das Maximum wird schon mit dem neunten Jahre erreicht. Den Verbesserungen zur Aufbewahrung des Maximalgehalts stehen wir durchaus nicht ablehnend gegenüber. Zur Entschädigung für die Landbriefträger wird außerdem unser Staat noch extra über eine Million aus. Die Leistungen der Landbriefträger haben sich nicht erhöht, sondern verringert. Die Erhöhung im ganzen wird bedingt durch die Vermehrung dieser Beamtenzahl, sowie durch die Verminderung eines ausgedehnten Hilfslandbriefträgerpersonals.

Der Titel wird bewilligt.

Titel 38 fordert 1315250 Mk. zu Vergütungen für ungewöhnliche Leistungen der Beamten, zu Unterstützungen an bedürftige Beamte mit Gehältern bis 4500 Mk., zur ausnahmsweise Unterstützung höher besoldeter Beamter, zur Gewährung von Vergütungen für den Betrieb der Wechselsempfänger und der Marken für die statliche Gebühr, und zur Beihilfe für die Beamten, welche zur Post- und Telegraphenschule in Berlin herangezogen sind.

Abg. Böllrath verlangt eine Legierung des so umfangreichen Titels, der zu den verschiedensten Dingen Beiträge auswirkt. Vor allem aber wünscht er zu erfahren, wie viel auf die Ausgaben für die Post- und Telegraphenschule bei diesem Titel entfällt, damit man die Kosten dieser Schule genau kennen lernen könne.

Eine Antwort vom Bundesratschiff erfolgt nicht.

Bei den Betriebsausgaben im Bereich der Telegraphie erklärt

Staatssekretär v. Stephan auf die Anregung des Abg. Adt, daß die Vergütungen des Fernsprechnetzes auf große Hindernisse stoßt. Für Wiederherstellung der Telegraphendrähte, welche durch den Sturm in Hamburg in einer einzigen Nacht zerriß waren, hätten 190000 Mark ausgegeben werden müssen. Mit der Ermäßigung der Gebühren müßte man aber auch wegen des Anwachens der Anlagekosten sehr vorsichtig sein. Anschließend giebt der Staatssekretär eine ausführliche Übersicht über die Entwicklung des Fernsprechnetzes im deutschen Reichsgebiet. Die Einzelheiten werden aber auf der Journalistentreibune der hergehenden Unruhe wegen nicht im Zusammenhang verständlich.

Die Positionen werden bewilligt, beseitigen der Rest des Ordinariums.

Das Extraordinarium und die Einnahmen werden nach den Commissionsanträgen genehmigt. Ebenso ohne Debatte der Staat der Reichsbucherei.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Marine-Staats).

Deutschland.

Berlin, 6. März. Die diesjährigen Kaisermanöver in Elsaß-Lothringen sollen mit ganz besonderem Glanz ins Werk gesetzt werden. Außer dem Kaiser werden die meisten deutschen Fürsten persönlich oder durch Mitglieder ihrer

Häuser dabei vertreten sein. Auch Vertreter des Kaisers von Österreich, vielleicht auch des Königs von Italien, werden dazu erwartet. In der Nähe von Metz wird die große Kaiserparade stattfinden. An dieser wird auch die bairische 10. Infanterie-Brigade Theil nehmen, die für die Zeit der großen Herbstübungen die Besatzung von Metz bilden wird. Neben den glänzenden militärischen Veranstaltungen sollen auch größere Feierlichkeiten stattfinden, welche seitens der staatlichen und städtischen Behörden dem Kaiser und dessen fürstlichen Gästen zu Ehren gegeben werden. Bekanntlich waren diese Kaisermanöver schon für den letzten Herbst geplant, aber wegen der Choleragefahr vom Kaiser abgezögert worden.

* [Generalversammlung der Reichsbank-Antheilseigner.] Montag Vormittag 11½ Uhr stand dem „Reichsan.“, zufolge im Reichsbankgebäude die ordentliche diesjährige Generalversammlung der Reichsbank-Antheilseigner statt. Der Präsident des Reichsbank-Directoriums Dr. Koch, welcher in Vertretung des Reichskanzlers den Vorsitz führte, gedachte zunächst der Verluste, welche der Centralausschuß der Reichsbank durch das Ableben des Geheimen Commerzienrats G. v. Bleichröder und des Geheimen Regierungsraths Dr. W. v. Siemens erlitten habe, beleuchtete sodann die Thätigkeit der Reichsbank während des Jahres 1892, unter Hervorhebung der wesentlichen Punkte des gedruckten Berichtsberichts und erklärte den Betrag der von dem Reichskanzler festgesetzten Dividende. Schließlich wurden als Mitglieder des Centralausschusses wieder- bzw. neu gewählt: 1) Rentner Emil Hecker, 2) Bankier Julius Bleichröder, 3) Frhr. Ernst v. Edardstein, 4) Frhr. Wilh. Karl v. Rothschild in Frankfurt a. M., 5) Bank-Direktor Rudolf Koch, 6) Geheimer Commerzienrat Schwabach, sowie als Stellvertreter der Fabrikbesitzer Arnold v. Siemens.

* [Cholera und Fremdenverkehr in Hamburg.] Wie sehr die vorjährige Cholera-Epidemie auf den Hamburger Hotelverkehr eingewirkt hat, ist aus folgenden, von der Polizeibehörde festgestellten Zahlen ersichtlich. Während die Zahl der im Jahre 1891 von den Hotels angemeldeten Fremden 354 163 betrug, befreiste sich dieselbe im Jahre 1892 nur auf 302 120, das sind rund 52000 Fremde weniger. Während noch in der Mitte des Monats August täglich etwa 900 Fremde von den Hotels zur Anmeldung kamen, ging diese Zahl mit dem Steigen der Epidemie gegen Ende September bis auf – 18 Fremde hinunter und erst Anfang November konnten täglich 200 Hotel-Fremde wieder geholt werden. Ganz hat Hamburg mit Bezug auf den Fremdenzustrom auch heute seinen früheren Stand noch nicht wieder erreicht.

* [Der Geschäftsausschuß des deutschen Aerztevereinsbundes] hat am Sonntag unter Beteiligung von Vertretern der verschiedenen Aerztekammern den Entwurf eines Reichsfeuchgengesetzes einer eingehenden Beratung unterzogen. Anwesend waren: die Mitglieder des Geschäftsausschusses Dr. Graf-Elberfeld, Auf-München, Becker-Berlin, Busch-Crefeld, Lindemann-Mannheim, Sanzim-Frankfurt a. M., Lohmann-Hannover, Rentier-Greifswald, Hüllmann-Halle a. S., Pfeiffer-Weimar, Landsberger-Posen, Wollrichs-Altona und eine Anzahl Vertreter von Aerztekammern. Den Vorsitz führte Dr. Graf-Elberfeld. Als Referenten fungierten: Pfeiffer-Weimar und Auf-München. Die Beschlüsse lauten:

Der durch Vertreter der deutschen Aerztekammer erweiterte Geschäftsausschuß des deutschen Aerztevereinsbundes hat in seiner Sitzung vom 5. März d. J. zu dem Entwurf eines Reichsfeuchgengesetzes in folgender Weise Stellung genommen:

I. Ein Reichsfeuchgengesetz, wie solches seit Jahren von den deutschen Aerzten einmühlig gefordert wurde, müßte notwendig einer eingehenden Beratung durch die ärztlichen Standesvertretungen unterstellt werden.

II. Da aber den ärztlichen Standesvertretungen eine Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht ermöglicht werden ist, so müssen wir uns darauf beschränken, diejenigen Punkte herauszutragen, welche den ärztlichen Stand als solchen angehen, und durch folgende Beschlüsse unserer Auffassung Ausdruck zu geben.

I) Wir halten es für zweckentsprechend, daß den dringendsten Bedürfnissen durch eine Beschränkung des Gesetzes auf die im § 1 Absatz 1 des Entwurfes genannten Krankheitsgruppen (Cholera, Blattern, Gelbfieber, Pest, Fleckfieber) genügt wird, unbeschadet des Rechtes der einzelnen Landesbehörden für weitere Krankheiten Bestimmungen zu treffen.

2. Die Anzeigepflicht soll den Aerzten möglichst erleichtert werden und erachten wir in dieser Richtung eine einmalige Anzeige für ausreichend. Daß den zur Anzeige verpflichteten Aerzten keinerlei Auslagen hierbei erwachsen dürfen, halten wir für selbstverständlich.

3. Wenn Ermittlungen durch den beamten Arzt vorzunehmen sind, erachten wir es für wünschenswert, daß der behandelnde Arzt hieron benachrichtigt wird.

4. Für die Entwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete ist es notwendig, daß die beamten Aerzte durch festgesetztes pensionsfähiges Gehalt von der Praxis unabängig gestellt werden, so daß das Amt nicht mehr eine Nebenfunktion bildet.

5. Die Bekämpfung der gemeingesährlichen Krankheiten ist wesentlich gefährdet durch die Freigabe der Heilkunst an nicht vorgebilde Personen (Auripuscher). Eine Anzeigepflicht derselben halten wir für nutzlos, und wünschen die Aufhebung des gemeinschaftlichen Auripuscherverbotes nicht durch die Aufnahme der Anzeigepflicht der Auripuscher wieder gefährdet zu sehen, wie dies im § 2 Absatz 2 des Entwurfes enthalten ist.

6. Für die hinterlassenen derjenigen Aerzte (incl. Amtsärzte), Geistlichen, Krankenpfleger und Polizeibeamten, welche im Auftrage der zuständigen Behörde mit Personen, welche an übertragbaren Krankheiten leiden, in Berührung kommen, dabei selbst erkranken und in Folge der Krankheit sterben, hat Fürsorge aus öffentlichen Mitteln nach Maßgabe landesgesetzlicher Regelung zu erfolgen.

* [Schulpflichtige Kinder] gab es im Jahre 1891 in Preußen 5 401 566 — fast eine Million mehr als 20 Jahre früher, als die Zahl der schulpflichtigen Kinder auf 4 464 906 ermittelt wurde, wobei übrigens ihr Zahlenverhältnis zur Gesamtbewohnerzahl (rund 18 Proc.) fast unverändert geblieben ist. Die „Statist. Corr.“ giebt eine interessante Übersicht, aus welcher hervorgeht, in wie weit es gelungen ist, die Kinder zur Erfüllung der Schulpflicht heranzuziehen. Es waren 1) unterrichtet in öffentlichen Volksschulen: 1871 3 900 655 = 87,36 Proc.; 1891 4 916 476 = 91,02 Proc.; 2) unterrichtet in anderen Unterrichtsanstalten: 1871 222 211 = 4,98 Proc.; 1891 390 500 = 7,23 Proc.; 3) vorübergehend vom Unterricht freigelassen, sonst aber ordnungsmäßig beschult: 1871 312 219 = 6,99 Proc.; 1891 83 604 = 1,55 Proc.; 4) wegen Gebrechen ic. nicht eingeschult: 1871 9038 = 0,20 Proc.; 1891 10 041 = 0,18 Proc.; 5. dem Schulunterricht widerrechtlich entzogen: 1871 20 783 = 0,47 Proc.; 1891 nur 945 = 0,02 Proc.

L. Herzberg, 6. März. Die gestrige Versammlung in Herzberg a. S. (Wahlkreis Schweinitz-Wittenberg) war namentlich von ländlichen Wahlern sehr zahlreich besucht. Der große

geräumige Saal im Schützenhaus war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Etwa 7–800 Personen aus Herzberg und den benachbarten Orten waren erschienen. Es sprachen die Herren Abg. Dohrn und Rickert über die Tagesfragen und namentlich über die agrarische und antisemitische Bewegung. Unter lebhaftem bauerndem Beifall wurde von den Rednern diese agrarische Partei in neuem antisemitisch aufgeputzten Gewande. Auch die Aufführungen des Abg. Rickert, welche der Erwartung Ausdruck gaben, daß die Regierung schließlich doch zu einer Verständigung in der Militärvorlage die Hand bieten werde, fanden lebhaftem Anklang. In dem Schlusswort wandte sich der Nestor der dortigen Liberalen, Herr Gerhardt in Herzberg, ein Mitarbeiter und Freund v. Schulze-Delitsch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, namentlich an die bauerlichen Besitzer des Kreises. Er fragte sie, ob sie denn nicht zugeben müßten, daß sie behaglicher und besser lebten, wie ihre Großväter und Väter. Daß es mit der Landwirtschaft noch nicht so schlimm stehe, wie die conservativen Agrarier behaupten, dafür führte er als Beispiel an, daß in der Nähe ein Gut, welches vor 30 Jahren für 300 000 Mk. gekauft, vor zwei Jahren für 420 000 Mk. verkauft sei, ohne daß Molarationen und Neubauten Geldmittel hineingelegt seien. Zur Diskussion meldete sich kein Gegner, abgesehen von einer Frage wegen der von der Regierung projektierten Handwerkerkammern. Mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf die Abgeordneten schloß die Versammlung. An der Versammlung schloß sich eine vertrauliche Besprechung mit den Vertrauensmännern des Kreises, in der die Überzeugung zum Ausdruck kam, daß die liberale Partei im Falle einer Auflösung des Reichstages mit ungeschwächter Kraft auf dem Kampfplatz erscheinen und den Gegner — wer es auch sei — niederknallen werde.

* [Generalversammlung der Reichsbank-Antheilseigner.] Der Eisgang ist als beendet anzusehen. Es sind daher hier heute amtlicherseits neue Meldungen von Belang nicht mehr eingetroffen. Das in der Nogatmündung verpaßt liegende Eis wird wahrscheinlich durch den Wartha kommenden neuen Wasserwuchs, der sich heute bereits bemerkbar macht, größtentheils beseitigt werden. Inzwischen ist sowohl in der Einlage wie an der Nogatmündung das Wasser etwas gesunken. Bei Marienburg herrsche heute Morgen noch mäßiges Eisstreifen bei fünf Meter (steigendem) Wasserstand. Auf dem städtischen Ostrow und der Fischerei bei Auln hat das Hochwasser so bedeutende Eismassen abgelagert, daß die Gegend einer Polarlandschaft gleicht. Dem Verkehr bereiten diese Eisablagerungen große Schwierigkeiten. Der Postverkehr von Auln nach Terespol hat für einige Tage ganz eingestellt werden müssen. Auf der preußischen Weichsel ist die Schiffahrt jetzt ebenfalls eröffnet. Die bei Graudenz und Kurzebrack stationirten Eisbrechdampfer sind nach Plehnendorf zurückgekehrt, die Eiswachen sämtlich eingezogen.

Ein Telegramm aus Warschau von heute Mittags meldet 3,53 Meter Wasserstand (gestern 3,76 Meter).

* [Seeverkehr.] Mehrere heute fällige Dampfer sind in Neufahrwasser noch nicht eingetroffen. Es scheint demnach noch größere Eischwierigkeiten auf See zu bestehen.

Der neuerrichtete Gleder'sche Dampfer „Martha“ hat heute Vormittag seine erste Reise nach Kotterdam angefahren.

* [Concert.] Nachdem in voriger Woche zwei Lieferabende wegen ungenügender Beteiligung hatten aufgegeben werden müssen, wie gestern Abend der Apolosaal eine erfreuliche Fülle auf. Das von Herrn Dr. Fuchs veranstaltete Concert hatte eine lebhafte Anziehungskraft ausgeübt und es fand das reichhaltige Programm sowie dessen Aufführung, nach dem gespendeten Beifall zu urtheilen, auch vielen Anklang. Im Hinblick auf die Beziehungen des Concertgebers zu dieser Zeitung glauben wir in seinem Sinne zu handeln, wenn wir mögliche Zurückhaltung und deshalb auf eingehendere Besprechung des Geboten verzichten. Mit einer einzigen Ausnahme sah er bei den 19 eingeladenen Vortragstümchen, welche der Abend brachte, am Tügel, theils als selbständig auszügeln, am anderen beitragen, und auch hierbei oft mehr als das. Die Hauptnummern des Programms waren zweifellos die Beethoven'sche A-dur-Sonate opus 69 für Violoncello und Clavier — ein Seitenstück zu der ebenfalls in A-dur geschriebenen Kreuzer-Sonate opus 47 für Violine — und das ergreifende Recitalito „Abschied“ von Beethoven, wo «elst du hin» mit der bekannten großen Arie „Komm, Hoffnung, las den letzten Stern der Müden nicht erleiden“ aus Beethovens „Fidelio“. Leider begleiteten wir hier zum ersten Male im Concertsaale und wenn wir uns an sich auch nicht gerade für diesen Acclimatierungsversuch begeistern können, so müssen wir doch anerkennen, daß er in möglichst glücklicher Weise gemacht wurde und Fr. Gedimaier, die gerade im musikalisch-dramatischen Vortrage Glänzendes leistete, seine Bereitung gelanglich vortrefflich darzuthun verstand, so daß das Auditorium ihr eine warme Ovation barbrachte. In der Sonate hatte der im Verein mit dem Concertgeber wirkende Cellist, Herr Busse, von dem wir schon öfter Proben seines hochbeachtenswerthen musikalischen Könnens und seiner früh gereiften Auffassung der Compositionen großer Meister im Concertsaal erhalten haben, es nicht leicht, den Intentionen seines Partners überall zu folgen; gleichwohl war das Zusammenspiel gut und der Vortrag der Sonate ein bedeutender Aufgrund. Auch als Solist beteiligte sich Herr Busse sehr befallsreich mit zwei Nummern. Herr Arno Reichert aus Dresden, den lediglich die Sympathie für das Unternehmen und den mit lyrischen Gaben in dem Programm am reichsten vertretenen Componisten der „Heimlichen Ehe“ nach Danzig geführt hatte, legitimirte sich durch seltene Tiefe, weichen und edlen Aton der allerdings nicht großen Stimme, als ein für den Concertsaal wohlbegabter Sänger, der freilich an Reife des Vortrages und Temperament noch wird zu gewinnen haben. Letzterer dürfte für die Gaff'schen Lieder, welche er sang, noch mehr erforderlich sein als für die große Mozart'sche Concertarie, deren Schwierigkeit wohl allein ihr seltenes Erscheinen in den Concertprogrammen rechtfertigt. Auch Fr. Gedimaier sang im ersten Concerttheile einige Lieder von Peter Gast. In ihrer temperamentvollen Behandlung trat der Mangel an melodischem Reiz weniger fühlbar hervor, vielleicht weil die Sängerin gewandter in Herauszubringen des musikalischen Schuhes ist. Erheblich mehr Anklang fanden zwei von Fr. Gedimaier gefundene lyrische Compositionen des Concertgebers, deren Vortrag für den Componisten wie die Sängerin ehrenvoller Beifall bezeichnete.

* [Ordensverleihungen.] Dem Major a. D. v. Neumann-Cosel, beauftragt mit der commissarischen Verwaltung des königl. Landgestüts Marienwerder, ist der rothe Adler-Orden 4. Klasse, dem Oberst-Lieutenant a. D. v. Cierakowski zu Belgard, bisher Commandeur des Landwehrbezirks Belgard, der Kronen-Orden 3. Klasse, dem emeritierten Lehrer Nawrothki zu Graudenz, bisher zu Rosenhain im Kreise Strasburg, der Adler der Inhaber des Hauses Ordens von Hohenzollern verliehen worden.

</

zu haben. Die Firma das Kloster Chartreuse, vertraten durch den Rechtsanwalt Dr. Lewy in Hamburg, war als Nebenkäfiger zugelassen. Herr Potschke erklärte, von der Markenschilderung im Inlande keine Kenntnis gehabt, außerdem das Etiquette auf seinen Chartreuse-Fabrikaten so eingerichtet zu haben, daß eine Unterscheidung von den französischen Fabrikaten gut möglich gewesen sei, jedenfalls aber bestreitet er energetisch, irgend eine widerrechtliche Absicht gehabt zu haben. Der Vertreter des Nebenkäfigers betont, daß der echte Chartreuse mit 7 Mk. verhandelt, das Potschke'sche Fabrikat jedoch mit 2 Mk. verkauft wurde. Der Gerichtshof erachtet eine Uebertragung des Markenschutzgesetzes für erwiesen und erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mk., auf Einziehung der leeren Flaschen sowie auf einmalige Publication des Urtheils in der "Danziger Zeitung" und im "Intelligenzblatt".

* [Schwurgericht.] Vor den Geschworenen stand heute der Steuermann Otto Brandhoff aus Dortmund, beschuldigt der Körperverlehung mit nachfolgendem Tode. Derselbe soll am 22. Dezember 1891 im Auslande, in London, auf einem deutschen Schiffe, der "Barke 'Danzig'", den Gouvernementsmann Otto Post aus Schidlich mit einem Stemmisen so verwundet haben, daß derselbe kurze Zeit nachher an dieser Verletzung starb. Der Angeklagte gibt an, er hätte sich auf dem Rücksprung unten im Schiffsaubrund befinden, wo auch der Verstorbenen beschäftigt war. Brandhoff war dann auf eine Leiter gestiegen und hatte dabei ein Stemmisen aus der Hand geworfen, welches zufällig den etwa 5 Fuß entfernten Post unter die Aneinandertraf. Dieser fiel darauf auf die Ballaststeine nieder. Er, der Angeklagte, sei ihm sofort zur Hilfe geeilt und habe dem Verletzten sofort die Wunde verbunden und gleich nach einem Arzt geschickt, der auch schnell eintraf. Der Verwundete starb aber an Verblutung als der Arzt den Verband entfernte. Brandhoff wurde darauf in London verhaftet, zweimal vor einer Jury gestellt, die aber den Tod des Post einem ungünstlichen Unfall zuschrieb und den Verhafteten auf freien Fuß setzte. In Deutschland wurde er dann abermals verhaftet und wegen fahrlässiger Tötung bei der hiesigen Strafkammer angeklagt. Der Gerichtshof gewann aber auf Grund der Zeugenaussage die Ansicht, daß beabsichtigte Körperverletzung vorliege, und nun wurde die Sache vor das Schwurgericht verwiesen. Die Anklage behauptet, daß Brandhoff das Stemmisen absichtlich nach Post geworfen habe, weil dieser ihm zugeworfen habe, als er die Leiter bestieg: "Nun steigt der liebe Gott gen Himmel!" Die als Zeugen geladenen Capitän Jenzsch und Matrose Kulting neigen mehr der Meinung zu, daß Brandhoff mit dem Stemmisen zwar nach Post geworfen habe, um ihn in Schreck zu setzen, ihn aber nicht habe verleben wollen. Der Sachverständige Herr Sanitätsrat Dr. Freymuth giebt auf Grund der Zeugenauflagen sein Gutachten dahin ab, daß durch Verletzung der Arterie am Unterschenkel der Tod des Post verhindert ist, daß aber das Vorgehen des durch den Angeklagten herbeigeführten Artes, der ohne Vorsichtsmäßigkeiten sofort den Verband entfernte und so eine Blutung herbeiführte, den Tod mindestens beschleunigt hat. Der Staatsanwalt beantragt heute bei den Geschworenen, den Angeklagten nur der fahrlässigen Körperverletzung schuldig zu sprechen. Die Geschworenen verneinten alle Schuldfragen und es erfolgte die vollständige Freisprechung des Angeklagten und Aufhebung der Haft.

* [Neues Kurhaus in Brösen.] Das abgebrannte Kurhaus in Brösen wird jetzt auf der alten Stelle, aber in weit ausgedehnterem Umfange neu erbaut. Das Haus wird aus Steinachwerk mit der Hauptfront nach der See ausgeführt und außer einem 18 Meter langen und 15 Meter breiten Saal mit Nebenräumen, Leseräumen etc. noch 25 Logirzimmer für Badegäste erhalten. [Policebericht vom 7. März.] Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 Tischaus wegen Einschleichens, 1 Mädchen wegen Strafanbaus, 1 Tischaus wegen gebrochenem Unfug, 5 Obdachlose, 1 Bettler, 1 Betrunken. — Gestohlen: Mehrere blaue emailierte Kaffeekörper, 1 Hängesonde, 12 Tauben. — Gefunden: 6 Tauben, abzuholen Rammbaum 6. Hof, bei Frau Mathilde Schneiderwind, geb. Sonnabend; 1 schottischer Shawl, abzuholen Bischofsstraße 29¹ bei Herrn Schuhmann Willumeit; 1 Fleisch Petroleum, abzuholen im Fundbüro der Agl. Polizei-Direktion.

Aus der Provinz.

△ Neustadt, 7. März. Aus dem vom Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung vom 3. d. M. erststatierten Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angesogenheiten pro 1892/93 ist das Folgende hervorzulösen. Der Bericht schildert zunächst die ungünstigen Erwerbsverhältnisse, die noch immer nicht überwundenen Folgen der früheren schlechten Ernten, erwähnt die den Landwirthen durch ausgedehnte Viehseuchen (Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh und den Schweinen) herbeigeführten Nachtheile, die Verkehrsbeschränkungen durch Aufstellung der Viehmärkte und beklagt die in Folge dessen eingetretenen Verkehrsstörungen, welche berart seien, daß sich der hiesigen Gewerbetreibenden eine Muthlosigkeit zu bemächtigen beginne, welche auch auf den städtischen Haushalt ihren lärmenden Einfluß geltend mache. — Im November v. Js. ist bei Aufnahme des Personestandes die hiesige Einwohnerzahl auf 5558 ermittelt worden. Seit dem Jahre 1870 hat die Stadt einen Zuwachs von 1767 Einwohnern erhalten. Der Umstand, daß der von dem Herrn Regierungs-Präsidenten empfohlene Bau eines öffentlichen Schlachthauses, der günstigen Erfahrungen anderer kleinerer Städte ungeachtet, von der Stadtverordneten-Versammlung auf 2 Jahre vertagt worden ist, durch die erwähnte Geschäftsstörung, die daraus entstandene Muthlosigkeit und den Wunsch, zunächst die unvermeidlichen Opfer für den Bau der Chaussee nach Schönwalde zu überwinden und eine Regelung des Verhältnisses zu der höheren Mädchenschule abzuwarten, hinreichend erklärt. Im ganzen sind für Errichtung der Wasserleitung, Erweiterungen etc. 33 000 Mark aufgewendet worden. Es war daher an der Zeit, die laufenden Unterhaltungskosten für diese Anlage durch eine eigene Einnahme, einen Wasserzins, zu decken, nachdem im Wege des privatrechtlichen Abkommens auch der Anschluß von Privatleitungen gegen einen möglichen Wasserzins geregelt worden. Die freiwillige Feuerwehr besteht gegenwärtig aus 44 ordentlichen und 13 außerordentlichen Mitgliedern. Die Stadtschule besuchten im Sommerhalbjahr 727, im Winterhalbjahr 705 Kinder. Die Verhandlungen, welche mit der kgl. Regierung wegen Einführung eines verbesserten Bevölkerungsplans für die Lehrkräfte gepflogen werden, sind noch nicht abgeschlossen. Die staatliche Fortbildungsschule wird gegenwärtig von 97 Schülern besucht. Der Schulbesuch betrug durchschnittlich 85 Proz. Da die bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten abgebrachten Vorstellungen um Milderung des Schulzwanges, sei es in Bezug auf die Zahl der Unterrichtsstunden oder in Bezug auf die Dauer der Schulpflicht, ohne jede Berücksichtigung geblieben sind, ist der befohlene Entwurf zu einem neuen Ortsstatut, durch welches die Altersgrenze für die schulpflichtigen gewerblichen Arbeiter von dem 18. auf das 17. Lebensjahr herabgesetzt werden soll, dem Bezirks-Ausschuß zu Danzig vor Bestätigung zugegangen. Dieselbe ist jedoch versagt und gegen diesen Beschlus am 5. Novbr. v. Js. das Rechtsmittel der Berufung bei dem Provinzialrat eingelebt worden. Eine Entscheidung ist noch nicht ergangen. — Die Gesamtkosten der Armenpflege stellen sich auf 8000 Mark. — Die Bemühungen des Magistrats um Verbesserung der hiesigen Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse, insbesondere durch Herstellung einer Straßenbahn von Neustadt nach Pudig, sind bislang erfolglos geblieben. Dafür, daß der Stadt Pudig eine Bahn von Neustadt nach Pudig nach Röbel baut, ist wenig Aussicht. — Der Bau der Kreis-Chaussee von Neustadt nach Schönwalde und Röbel, welcher auf 495 000 Mk. veranschlagt ist, soll mit Beginn der wärmeren Witterung in Angriff genommen und im Herbst 1894 fertig

gestellt werden. — Die Schuldenlast der Stadtgemeinde ist auf den Betrag von 128 000 Mark angewachsen. Durch äußerste Sparjämmer in der Gemeindeverwaltung ist es bis dahin gelungen, den Gemeindebedarf ausschließlich der Kreis- und Provinzial-Abgaben mit einer Einkommensteuer in Höhe von 200 Proc. der Staats-Einkommensteuer zu decken, obgleich das Veranlagungsfoll der letzteren um etwa 200 Mk. gegen die frühere Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer zurückgeblieben ist und erhebliche Abgänge im Berufungs-Verfahren vorgekommen sind. Die Uebernahme der Kreis- und Provinzial-Abgaben auf den Gemeinde-Haushalt-Staats-Vertrag erfordert daneben 66½ Proc. der Staats-Einkommensteuer. Die zu diesem Beschlus der städtischen Räte vertragte Genehmigung des Bezirks-Ausschusses wurde auf diesseitige Beschwerde von dem Provinzialrat erhebt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg, wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

□ Ebing, 6. März. In Jungfer brannte vorgestern Abend das Wohnhaus des Fischhändlers Ramler vollständig nieder. Er war nicht anwesend, da er nach Marienburg Fische gebracht hatte, und griff das Feuer mit solcher Geschwindigkeit um sich, daß sämtliches Möbelstück wie auch die Wirtschaftsgeschäfte verbrannten; ein Schwein und eine Siege verbrannten mit. Bei dem starken Winde konnte es leider nicht verhindert werden, daß sich das Feuer auf das Wohngebäude des benachbarten Insassen Grumbau übertrug und dasselbe einäscherte. Da das Wohnhaus des ersten nur sehr niedrig und das Inventar ic. gar nicht versichert ist, so erleidet er einen großen Schaden. Das zweite niedergebrannte Wohnhaus ist zwar versichert, doch haben mehrere Einwohner ihre ganze Habe — die nicht versichert war — verloren. Wie das Feuer entstanden ist, hat noch nicht festgestellt werden können. — An Stelle des nach Dürich übergesiedelten Rabbiners Herrn Dr. Littmann ist durch die hiesige jüdische Gemeinde Herr Dr. Silberstein aus Breslau gewählt worden.

△ Marienwerder, 6. März. In der heutigen Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins Marienwerder B referierte der von hier aus entsandte Delegirte, Herr Ehler-Neuhöfen, über die constituirende Versammlung des Bundes der Landwirthe. Ein vom Vorstand gestellter Antrag, aus Vereinsmitteln einen Beitrag von jährlich 15 Mk. für den Bund der Landwirthe zu bewilligen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Bewilligung von 50 Mk. jährlich und es den einzelnen überlassen, sich dem Bunde anzuschließen. Der in Aussicht genommene Jahresbeitrag von 5 Proc. der Grundsteuer schien jedoch als sehr hoch empfunden zu werden. Die Bewilligung eines laufenden Beitrages für eine in Marienwerder zu errichtende Hochschule wurde von der Majorität der Versammlung ebenfalls abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der Centralverein wolle höheren Ortes geeignete Schritte thun, damit die Errichtung von Hochschulen seitens der Staatsregierung subventionirt werde. — Der Eisenbahminister soll einem in Anregung gebrachten Bohrprojekt Schönebeck-Dr. Starck-Schurz nicht ablehnend gegenüberstehen. Es tritt nun in unserm Kreise eine lebhafte Bewegung für Weiterbau dieser Bahn nach Cierwinski und Marienwerder mit einer festen Weichselbrücke und Fortführung der Bahn nach Tromnau-Tabolonom-Lautenburg hervor. Mit der Ausarbeitung einer Petition in diesem Sinne wurde der Vorstehende beauftragt, eine gleiche Petition wird voraussichtlich auch von dem hiesigen Kaufmännischen Verein und von einer Besitzerversammlung zur Absendung gelangen, welche für nächsten Mittwoch nach Münsterwalde jenseits der Weichsel einberufen werden ist.

* [Neues Kurhaus in Brösen.] Das abgebrannte Kurhaus in Brösen wird jetzt auf der alten Stelle, aber in weit ausgedehnterem Umfange neu erbaut. Das Haus wird aus Steinachwerk mit der Hauptfront nach der See ausgeführt und außer einem 18 Meter langen und 15 Meter breiten Saal mit Nebenräumen, Leseräumen etc. noch 25 Logirzimmer für Badegäste erhalten. [Policebericht vom 7. März.] Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 Tischaus wegen Einschleichens, 1 Mädchen wegen Strafanbaus, 1 Tischaus wegen gebrochenem Unfug, 5 Obdachlose, 1 Bettler, 1 Betrunken. — Gestohlen: Mehrere blaue emailierte Kaffeekörper, 1 Hängesonde, 12 Tauben. — Gefunden: 6 Tauben, abzuholen Rammbaum 6. Hof, bei Frau Mathilde Schneiderwind, geb. Sonnabend; 1 schottischer Shawl, abzuholen Bischofsstraße 29¹ bei Herrn Schuhmann Willumeit; 1 Fleisch Petroleum, abzuholen im Fundbüro der Agl. Polizei-Direktion.

* Der Regierungs-Assessor Frhr. v. d. Wenge Graf v. Lambdorff zu Schlawe ist an die Regierung zu Röslin verfehlt worden.

* Bartenstein, 6. März. Mit Bezug auf die in Nr. 2007 der "Danziger Zeitung" vom 3. März enthaltene Correspondenz P. Bartenstein, 2. März, welche über das Wiederaufnahmeverfahren gegen die Schneiderin Auguste Seidler aus Bischofsburg berichtete, werden wir um Aufnahme nachstehender Veröffentlichung erachtet:

Die Schneiderin Auguste Seidler aus Bischofsburg ist im Wiederaufnahmeverfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft von der hiesigen Strafkammer keineswegs wegen erwiesener Unschuld freigesprochen, sondern nur deshalb, weil in Folge inzwischen veränderter Umstände und wegen des jetzt erst hervorgetretenen unlösbarer Widersprüches in den eidlich abgegebenen Aussagen mehrerer Zeugen die Schuld der, nach der ausdrücklich verkündeten Ansicht des Gerichts immerhin schwer belasteten Angeklagten nicht als völlig erwiesen gelten konnte. Dennoch kann keinesfalls behauptet werden, daß die v. Seidler unzulässig im Gefängnis gesessen hat. Der Erste Staatsanwalt. Schühe.

Wir können zwar im letzteren Punkte die Ansicht der kgl. Staatsanwaltschaft, welche ja selbst die Freispräfung beantragt hat, nicht völlig teilen, versichern aber gern auf eine weitere Erörterung des Falles.

Gudzukhnen, 6. März. In dem Grenzachbarort Ribarz sind die schwarzen Pocken ausgebrochen, und bereits zwei Menschenleben (junge Mädchen) der Krankheit zum Opfer gefallen. Zur Vorsicht gegen eine etwaige Übertragung hat der hiesige Amtsverwalter die Anordnung getroffen, daß diejenigen Kinder aus Ribarz, welche die hiesigen Schulen besuchen, von heute ab bis auf weiteres den Schulbesuch einzustellen haben.

In Ragnit ist wegen der Pockenepidemie, die dort schon mehrere Opfer gefordert hat, das Lehrerseminar geschlossen worden.

Bermischtes.

* Ein furchtbarer Schneesturm hat am Freitag in Schwerin gewütet, wie er in solcher Heftigkeit in diesem Winter keinen Vorgänger aufzuweisen hat. In Stockholm hat er große Verkehrsstörungen hervorgerufen, ein Theil der Straßen ist nach der "Post, Igl." vollständig unsaferbar geworden. Der Malmö-Schneelug sitzt bei Almbrinkholm, einem Knotenpunkt etwas nördlich von Norrköping, fest. Aus Norwegen wird gleichfalls Schneesturm und Schneestreichen gemeldet, und auch das dortige Unwetter wird als das heftigste des gegenwärtigen Winters bezeichnet. In den Straßen Christianias ist so viel Schnee gefallen, daß der Verkehr nur unter Schwierigkeiten von statthen geht.

* Wie aus Hammerfest telegraphisch gemeldet wird, sind in dem Schneesturm am 28. v. M. wieder 15 Tischaus umgekommen, meist Familienväter. Die

Stadt und das Elend der zahlreichen Hinterbliebenen soll sehr groß sein.

* Aus Luxemburg, 6. März, wird der "Germania" gemeldet: Hier weilen eben Agenten aus Monaco wegen Ankäufe des Bades Mondorf und um bei der Regierung Schritte zu thun, dort eine Spielhöhle zu errichten. Sie erbieten sich zur Deckung der Staatspachten und wollen außerdem 6 Millionen Francs Pacht zahlen.

Schiffs-Nachrichten.

Hopenhagen, 6. März. Der englische Dampfer "Fairhead" versuchte heute von hier aus das Eis in der Röge-Bucht zu durchbrechen. Der Versuch mißlang jedoch; der Dampf-Sund ist also noch von südwärts gesperrt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg, wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

□ Ebing, 6. März. Diese Tage stand in Königsberg, wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Ebing, 6. März. Dieser Tage stand in Königsberg,

wie die „Elb, Igl.“ erzählt, ein Säbelduell statt, an dem auch ein Ebingen Herr beteiligt war. Letzterer erhielt einen gefährlichen Hieb über die Brust. Sein Gegner war durch einen Hieb in der Seitengegend verletzt.

Beilage zu Nr. 20013 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 7. März 1893.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom 6. März.

Am Ministerthe: v. Berlepsch und Commissarien.

Die Berathung des Staats der Berg-, Hütten- und Salinen-Beratung wird fortgezogen, und zwar bei den Einnahmen und Ausgaben der Berg-Gewerbegechte.

Abg. Schmidt-Eberfeld (freis.): Es ist nothwendig festzuhalten, daß der Redner der conservativen Partei der Ausführung eines Reichsgesetzes widerstrebt, eines Reichsgesetzes, das seine Parteigenossen im Reichstage angenommen haben. Das ist ein weiterer Vorstoß der Conservativen gegen die conservativen Minister, wie wir es in letzter Zeit öfter erlebt haben. Die Conservativen sind unzufrieden darüber, daß die Interessenpolitik nicht mehr in der Weise gewahrt wird, wie das unter dem Fürsten Bismarck der Fall war. Insbesondere sind ihnen die Handelsverträge unangenehm mit der Herabsetzung der Betriebsrechte, die immer noch den Agrarier einige hundert Millionen in den Schoß werfen; wenn man gerade gegen den Handelsminister vorgehen wollte, dann könnte man die Gelegenheit nicht ungeschickt auswählen. Man sollte wohl dem Herrn v. Stummen folgen, der einen weitaus schärferen Vorstoß gegen den Handelsminister macht; der Vorstoß wurde aber gründlich zurückgewiesen. Dieses arbeiterfeindliche Auftreten des Redners der Conservativen gipfelt in der Bewerfung von dem unberechtigten Humanitätsanansismus. Die Conservativen wollen den Arbeitern eine untergeordnete Stellung anweisen. Das erinnert an die Zeit der Leibeigenschaft, wo der Mensch erst beim Baron anfing. Die Kaiserliche Botschaft, welche Fürst Bismarck gesegnet hat, hat Herr v. Minnigerode früher anerkannt. Die Conservativen betrachten die Botschaft als ihr Panier. Diese Botschaft verlangte die positive Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen, eine Fortsetzung der Reformen des Anfangs dieses Jahrhunderts, welche die Aufhebung der Leib-eigenschaft brachten. Der Widerstand gegen die Gewerbegechte mag ja davon ausgehen, daß Ihnen (rechts) die Ausdehnung derselben auf die Landwirtschaft nicht angenehm ist. Wegen der Haltung der Bergbehörden in Saarbrücken hat man dem Handelsminister Vorwürfe gemacht. Sollte er beim Ausbruch eines Ausstandes erklären, daß die streikenden Arbeiter entlassen würden? Sollte er wirklich 25 000 Arbeiter entlassen? Herr v. Minnigerode hat sich gegen die Solidarität der Arbeiter erklärt, während doch die Herren Agrarier auf Tivoli dieselbe für sich in Anspruch nehmen! Die Gewerbegechte sollen eine Verjährung, nicht eine Versöhnung der Gegenseite mit sich bringen! Das widerspricht der Erfahrung, die wir im Rheinlande mit den Gewerbegeichten seit 80 Jahren gemacht haben. Wenn Herr Ritter schlechte Erfahrungen gemacht hat, kann das nur zurückzuführen sein auf die Unfähigkeit des Vorsitzenden. Redner geht auf die Berathung des Gewerbegeichtsgesetzes im Reichstage ein und schildert namentlich die Haltung der conservativen Redner; ein conservativer Redner erklärte damals, daß es ein eigentliches Wahlrecht nicht gebe ohne geheime Abstimmung. (Hört! links.) Die Conservativen können sich noch nicht von dem Standpunkt losmachen, daß die Arbeiter mit dem Polizeistoch und mit der sogenannten Schneidigkeit behandelt werden. Wenn man die Arbeiter ausschließt von ihren politischen Rechten, dann erzieht man heuchler und führt die Arbeiter schließlich zum Strike. Man fürchtet, daß Socialdemokraten zu Beisitzer bei den Gewerbegeichten gewählt werden. Sind die Arbeiter-Beisitzer bei den Krankenhäusern und bei der Unfall-Versicherung nicht ebenfalls Socialdemokraten? Die Herausziehung zu solchen praktischen Dingen übt eine erzielbare Wirkung auf die Arbeiter aus; sie lernen dadurch, daß sie nicht durch den Umsturz, sondern nur durch praktische Arbeit zur Verbesserung ihrer Lage kommen können. In Frankfurt a. M. sind auch unter den Arbeitgebern als Beisitzer Socialdemokraten. Aber diese Arbeitgeber waren früher Arbeiter, und sind, als sie Arbeitgeber geworden sind, nicht bloß von Socialdemokraten, sondern von allen Parteien übereinstimmend gewählt worden. (Hört! links.) Haben Sie etwas weniger Misstrauen gegen die Arbeiter! Warum wollen Sie den Bergarbeitern die Wohlthat der Gewerbegechte entziehen? Bevilligen Sie die Position. (Zustimmung links.)

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Ich kann zunächst erklären, daß die Mehrzahl meiner politischen Freunde für die Einführung der Berggewerbegechte stimmen wird. Ich freue mich, in Bezug auf die Saarbrücker Berggewerbegechte mit dem Vorredner einverstanden zu sein. Ich halte die Angriffe für durchaus halblos. Wenn wir die Position bewilligen, dann machen wir uns nicht verbindlich, die Gewerbegechte auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen. Das überlassen wir dem Reichstage. Mir scheinen die Gewerbegechte volle Gewähr zu bieten für eine objective und sachliche Behandlung der Dinge. Aus der Erfahrung haben wir gesehen, daß die turbulentesten Elemente sich bald als die nüchternsten Elemente herausgestellt haben. Warum haben denn in Berlin die Bevölkerungen ihre Schuldigkeit nicht gelassen? Dann wären niemals unter den Arbeitgebern Socialdemokraten gewählt worden. Unsere bürgerliche Gesellschaft wird niemals zu Grunde gehen, weil die Socialdemokratie vordrängt, sondern weil die Elemente, die zu ihrer Vertheidigung berufen sind, nicht mutig und thätig genug sind. (Gehr wahr! links.) Nach allen Seiten hin handelt es sich um Übertriebung, wenn man die Gewerbegechte für gefährlich hält. Der Reichstag ist nicht der Ansicht gewesen; denn alle Parteien haben sich für die Gewerbegechte erklärt. Ich bitte deshalb, daß Sie sich möglichst einstimmig für die Regierungsvorlage erklären. (Beifall.)

Abg. Baham (Centr.): Die Ablehnung der Position wird nicht die Folge haben, daß die Gewerbegechte für Bergleute nicht eingerichtet werden. Die Regierung wird dann nur schwächere Gerichte einrichten können. Die Ablehnung der Conservativen kann also nur noch die Bedeutung einer Demonstration gegen die Socialpolitik haben, welche von der Reichsregierung im Verein mit dem Centrum und den Conservativen geführt wurde. Als der Minister davon sprach, daß die Mehrheit des Staatsrathes aus conservativen Männern besthele, erklang der Ruf: Das bestreift ich! Und als darauf hingewiesen wurde, daß die Reichstagsfraktion einstimmig die Gewerbegechte angenommen hätte, erkläre der weitere Ruf: Das geht uns nichts an! In beiden Fällen war Herr v. Minnigerode der Urheber des Zwischenrufs. (Abg. v. Minnigerode bestätigt das.) Dann hört doch die conservative Auffassung auf, der Ausdruck einer Weltanschauung zu sein, dann beschränkt sich dieselbe darauf, hier und da zu flicken, ohne dem Ganzen auf den Leib zu gehen. (Gehr richtig! links und im Centrum.) Redner verweist auf die kaiserlichen Erlasse, in welchen ausgesprochen wird, daß die staatlichen Bergwerke Musteranstalten werden sollen. Wollen die Conservativen diese kaiserlichen Erlasse nicht mehr anerkennen? Gegen die Gewerbegechte haben von der rechten Seite zwei Männer Stellung genommen, die aus Gegenden stammen, wo solche Gewerbegechte nicht vorhanden sind. In der Heimat des Herrn v. Minnigerode wird es wohl niemals Gewerbegechte geben. Herr Ritter aber wird, wenn die Gewerbegechte erst eingeführt sind, sie nicht mehr entbehren wollen. Ein behagliches Bett wird durch die Einrichtung der Gewerbegechte den Socialdemokraten nicht geschaffen. Denn die Leute, welche durch die Gewerbegechte geschafft sind, sind gewonnen für eine Politik der Ordnung; sie werden die Umsturzpolitik nicht mitmachen. Die Socialdemokraten haben auch gegen das Gewerbegeichtsgesetz gestimmt. Ich möchte deshalb die Conservativen bitten, sich auf sich selbst zu befreien.

Abg. v. Minnigerode (cons.): Wenn die Herren im Reichstage anderer Meinung gewesen sind, so muß ich doch bemerken, daß seitdem drei Jahre verlossen sind; es ist leidlich manches geschehen und wie müssen uns daher unsere volle Selbständigkeit wahren. Wir haben das volle Selbstgefühl unserer Verantwortlichkeit und daran urtheilen wir. Der Staatsrat ist angeführt worden. Es sind nur einzelne Abtheilungen derselben berufen worden, und diese Abtheilungen sind noch besonders verstärkt worden. Aber die Berggewerbegechte sind von dem Staatsrat gar nicht verhandelt worden, sondern nur allgemein der Arbeitnehmer. So macht man aber Weltgesicht! Daß man 1890 sehr reich an Humanitätsanansismus gewesen ist, ist eine Wahrheit. Das sehe ich besonders daran, daß dagegen heute so lebhafter Widerspruch erhoben wird. Die kaiserliche Botschaft von 1881 war

Der Herausgeber hat also dieses Buch seinen "Beiträgen" eingereicht, die in ihrer Gesamtheit kein systematisch geordnetes Ganzes bilden, sondern nur durch das Medium der Bevölkerungsfrage mit einander verknüpft sind. Zugleich nennt er das Buch aber auch den ersten Theil einer seit geraumer Zeit vorbereiteten Arbeit, in welcher die wichtigsten Vorgänge der Bevölkerungsbewegung dort (im Gebiete der jetzt getrennten Provinzen Ost- und Westpreußen), in ihren Beziehungen zur gleichzeitigen Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes, seit dem Anfang dieses Jahrhunderts verfolgt werden sollen." Das wäre also, etwas knapper ausgedrückt, nichts anderes, als eine Wirtschaftsgeschichte der beiden östlichsten Schwesternprovinzen der preußischen Monarchie. Die Basis eines derartigen Versuches abzugeben, darin liegt gerade die Bedeutung des Ballentinschen Werkes. Während es in Bezug auf die in ihm festgelegten, faktischen und combinatorischen Resultate als die Grundlage aller Studien anzusehen ist, welche die wirtschaftliche Lage der Provinz Westpreußen allein langt, ist es in technischer Hinsicht, bezüglich der angewandten Forschungsmethode, maßgebend für alle weiteren Untersuchungen, die auf diesem Gebiete überhaupt stattfinden. Wir können es demgemäß also auch ruhig als den Ausgangspunkt einer universellen Wirtschaftsgeschichte bezeichnen. Damit tritt die Arbeit aus dem engen Rahmen einer Provinzialgeschichte heraus und gewinnt die Bedeutung einer wissenschaftlichen That.

Ehe wir auf die von Dr. Ballentini angewandte Forschungsmethode zu sprechen kommen, müssen wir uns über zwei andere Punkte klar zu werden suchen, über den Werth und über die Grundlagen einer Wirtschaftsgeschichte. Es steht heute außer Frage, daß die sogenannte Wirtschaftsgeschichte, also die Geschichte der Menschen, sich auf drei wichtige Factoren stützen soll, auf die Darstellung der politischen Ereignisse oder die Geschichte der Thaten, auf die Darstellung der culturellen Entwicklung oder die Geschichte der Sitten und endlich auf die Darstellung der wirtschaftlichen Zustände oder die Geschichte der Gesellschaft. Moderne Nationalökonomien und Socialpolitiker sind zu der Anschauung gelangt, daß eine Wirtschaftsgeschichte zu dem Verständnis einer Menschheitsgeschichte unumgänglich erforderlich ist. Erst dann werden wir den Zusammenhang der politischen Ereignisse und den Fortschritt oder Rückgang eines bestimmten culturellen Standpunktes in ihren tiefsten Ursachen völlig begreifen lernen, wenn wir eine Wirtschaftsgeschichte besitzen. Eine solche haben wir aber nicht. Raum mal können wir von ihren Anfängen reden. Auch würde es

grundlegend für die Socialpolitik, sie brachte die Arbeiterversicherung. Die kaiserlichen Erlasse vom Februar betreffen aber Gebiete, auf denen Zweifel bestehen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist nur mit großer Mühe und unter großer Apathie des Reichstages durchgebracht worden. Die Bedenken gingen eben dahin, daß auf diesem Gebiete nichts zu erreichen ist ohne internationale Vereinbarungen. Die Vertretung der Arbeiter sollte in dem Arbeiterausschuß gefunden werden; von den Gewerbegeichten ist in den kaiserlichen Erlassen keine Rede, und trotzdem immer wieder die Bevorzugung der Arbeiter zu einer Zeit, wo die Arbeitgeber schon mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben! Auf den kleinen Autoritäten bauen sich die größeren auf und auf allen Autoritäten ruht selbstverständlich die höchste Autorität. Das war die Zeit, wo die Arbeiter-Deputation hier erschien, die einen Empfang fand, der sich nachher als nicht berechtigt herausstellte. Das möchte ich nicht sich wiederholen sehen. Wir hatten auf eine Mehrheit für unseren Antrag gehofft. Die Stellungnahme der Nationalliberalen läßt uns daran zweifeln. Aber die Nationalliberalen werden erleben, wohin ihre Politik führt. (Zustimmung rechts.)

Minister v. Berlepsch: Herr v. Minnigerode hat den Satz ausgesprochen: So macht man Geschicht! Ich hoffe, daß er damit nicht mit einem Vorwurf hat machen wollen. Im Staatsrat war allerdings von Berggewerbegeichten direkt nicht die Rede; aber der Staatsrat erklärte bei der Frage der Arbeiterausschüsse, daß man aus den für einzelne Berufszweige bestimmten Gewerbegeichten Delegierte zu Gutachten berufen sollte, wenn Arbeiterausschüsse nicht eingerichtet werden. Nach Erlass des Arbeiterschutzgesetzes wurde die Vermehrung der Fabrikspectoren beabschlossen, unter Zustimmung der Conservativen. Die Novelle zum Berggesetz wurde auch von den Gegnern als notwendig zur Ausführung des Arbeiterschutzgesetzes anerkannt.

Abg. Ritter (kreis.): Ich kann mich ebenso wie Herr v. Minnigerode nur auf die Motive der Vorlage für den Reichstag beziehen. Daß Gemeindegewerbegechte eingerichtet werden müssen, geht aus dem Gesetz nicht hervor. Die Gemeinden können solche Gerichte einrichten, wenn sie es ablehnen, kann die Staatsbehörde damit vorgehen, aber doch nur, wenn ein Bedürfnis vorhanden, namentlich sind die Zeiten dafür nicht geeignet. Sonst hätte man ja die Gewerbegechte obligatorisch machen können. Beziiglich des Saarbrücker Ausstandes habe ich die Auffassung, wenn man den Agitatoren des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im Dezember statt Februar die Abkehrschein ertheilt hätte, so würde der Ausstand nicht die große Ausdehnung genommen haben. Meine Fraktion wird gegen die Einführung der Berggewerbegechte stimmen. Wir conservativen Delegierten des Rechtsschutzbundes schon im

Damit schließt die Discussion. In namentlicher Abstimmung werden die Ausgaben für die Schiedsgerichte mit 165 gegen 96 Stimmen angenommen. Im übrigen werden die laufenden Ausgaben des Bergwerks-Stats ohne erhebliche Debatte angenommen; beim Fonds für Erneuerungsbauten werden 200 000 Mk. nach dem Antrage der Budgetcommission gestrichen.

Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 700 000 Mk. als zweiter Theilbetrag zur Herstellung einer Wasserleitung für den westlichen Theil des ober-schlesischen Industriebezirkes.

Abg. Rinteln (Centrum) fragt an, ob die Regierung anerkennt, daß sie für die Entziehung irgend welcher Rechte eine Entschädigung zu zahlen habe.

Minister v. Berlepsch verweist auf die früheren Verhandlungen namentlich im herrenhause, wo die Regierung festgestellt habe, daß der Regierung eine Entschädigungs-pflicht nicht obliege. Das herrenhaus hat sich besonders eingehend mit der Frage der Quelle von Sawada beschäftigt und sich dann schließlich ebenfalls auf den Standpunkt der Regierung gestellt. Was die Interessen auf dem Rechtswege erstreiten, werden wir ja bejahen müssen. Aber es würde eine Versäumnis meiner amtlichen Pflichten sein, wenn ich von vornherein anerkennen wollte, daß der Fiscus die Verpflichtung zu einer Entschädigung habe. Der Fiscus könnte sich allein anderweitig mit Wasser versorgen; aber alle andern Behörden sind in öffentlichen Interesse für die Gemeinden eingetreten, die allein nicht im Stande sind, sich Wasser zu besorgen. Es erfolgt also eine Beschränkung von Privateigenthum nicht im fiscalischen, sondern lediglich im öffentlichen Interesse.

Abg. Gmünd (Centr.): Auch wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, muß doch für die Privateigenthümer eine Entschädigung gewährt werden. Redner verweist darauf, daß mehrere Dörfer ohne Wasser sind; es müßte auf Kosten der Bergwerksbesitzer ein Brunnen gebroht werden.

Minister v. Berlepsch: Das gehört nicht zu meiner Kompetenz; da muß sich der Vorredner an eine andere Instanz wenden. Wir haben nur an der Wasser-Versorgung Interesse, bei welcher der Fiscus beliebt ist. Bevölkerung der Entschädigung kann ich mir; nur darauf berufen, daß beide Häuser des Landtages sich auf den Standpunkt der Regierung gestellt haben.

Der Titel wird genehmigt. Damit ist der Stat der Bergverwaltung erledigt.

Schluss um 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Stat der Ansiedelungskommission und kleinere Vorlagen und Übersichten.)

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 6. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 152—155. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 132—134, russ. loco ruhig, Transito 106 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unversohl) still, loco 53. — Spiritus loco ruhig, per März 22^{1/2} Br., per April-Mai 22^{1/2} Br., per Mai-Juni 22^{1/2} Br., per Mai-Juni 22^{1/2} Br., — Raffinerie ruhig, Umsatz —. — Betreute loco ruhig, Standard white loco 5,20 Br., per August-Debr. 5,15 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 6. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.)

Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Coursen auf

speculativen Gebiet; wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen weniger günstig lauteten. Im Verlaufe des Verkehrs trat aber, vom Montanmarkt ausgehend, bald ziemlich allgemein wieder eine Befestigung hervor; in der zweiten Hälfte der Börsenzeit machte sich dann bei ruhigerem Geschäft eine Folge von Realisierungen aufs neue eine Abschwächung geltend. Der Kapitalmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen bei auf mäßigen Umsätzen; deutsche Reichs- und preußische consolidirte Anleihen,

namentlich dreiprozentige, waren abgeschwächt. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werth-

stand zumeist gut behaupten; russische Goldrenten etwas abgeschwächt. Der

Brabandiscont wurde mit 1½ % notiert. Auf dem Montanmarkt stellten sich Eisen- und Hüttenerwerbe anfangs

anfänglicher Abschwächung gute Nachfrage. Inländische und fremde Eisenbahnbacnien lagen matter. Schiffahrts-

aktionen bewahrten feste Haltung. Der sonstige Kaufmarkt verlor ziemlich lebhaft und vorwiegend fest.

Deutsche Fonds.

	Rumänische amort. Anl.	5	98,50	Lotterie-Anteilen.
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,90	do. 4% Rente .	4 84,40
do. do.	3 1/2	101,20	Türk. Admin.-Anleihe	5 92,75
do. do.	3	87,70	Türk. conv. 1% Anl.Ca.D.	1 22,10
Konsolidirte Anleihe	4	107,60	Gerstäbische Gold-Pfdbr.	5 89,50
do. do.	3 1/2	101,30	do. Rente .	5 79,50
	5	87,70	do. neue Rente .	5 80,00
	5	87,70	Griech. Goldbank v. 1890	6 64,40
	5	87,70	Röb. Griech. Anl.v. 1890	6 80,80
	5	87,70	Do. Eisens. Gl. Ant.	1 68,10
	5	87,70	(Offr. = 20,40 M.)	5 85,00
	5	87,70	Rom II. VIII. Gerste (ar)	5 125,00

Hypotheken-Pfandbriefe.

	Dani. Hypoth.-Pfdbr.	4	94,00	Do. do. do.	3 1/2	97,00	Br. Dram.-Anleihe 1855	3 1/2	—
Do. neuß. Bladbr.	5	88,40	Do. do. do.	3 1/2	94,00	Do. do. do.	4	102,20	Raab-Gra. 100 ^{1/2} -Loose
Pomm. Domänenber.	5	88,40	Do. do. do.	3 1/2	94,00	Do. do. do.	4	101,00	Ruß. Br. 1884
Polenische do.	5	103,20	Do. do. do.	3 1/2	94,00	Do. do. do.	4	103,00	Do. unkündb. d. 1900
Preußische do.	5	103,40	Do. do. do.	3 1/2	94,25	Do. do. do.	4	101,50	Meiningen Hyp.-Pfdbr.

Ausländische Fonds.

	Österr. Goldrente	4	99,00	III. IV. Em.	4	101,50	Eisenbahn-Stamm- und	
Österr. Papier-Rente	5	84,25	Do. do.	4 1/5	103,00	V. VI. Em.	4	
do. Silber-Rente	4 1/5	82,90	Dr. Bob.-Cred.-Act. Br.	4 1/2	115,90	Div. 1891.	Stamm - Prioritäts - Actien.	
Ungar. Eisenb. Anleihe	4 1/2	103,60	Br. Central-Bod.-Br.	4	101,90	Aachen-Maastricht	3 1/4	
do. Papier-Rente	5	84,25	do. do. do.	3 1/2	97,50	Mainz-Ludwigschafen	42 1/2	
do. Gold-Rente	4	97,70	Do. do. do.	4	104,00	Marienb.-Maastricht	42 1/2	
Russ.-Engl. Anleihe	4	98,50	Do. do. do.	4	102,00	Do. do. do.	42 1/2	
do. Rente	1883	5	104,20	Do. do. do.	4	103,00	Do. do. do.	42 1/2
Russ. Anleihe von 1889	5	—	Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2	104,00	Do. do. do.	42 1/2	
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	69,20	Do. do. do.	4	103,00	Do. do. do.	42 1/2	
Russ. 3. Orient-Anleihe	5	70,25	Do. do. do.	4	102,25	Gieftiner Nat.-Hypoth.	3 1/2	
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	66,10	Do. do. do.	4	101,25	Stargard-Doln.	42 1/2	
Poln. Pfandbriefe	5	67,80	Do. do. do.	4	101,25	Weimar-Gera gar.	42 1/2	
Poln. Pfandbriefe	5	93,40	Do. do. do.	4	101,25	Do. do. do.	42 1/2	

Medicinal-Ungarwein pro Flasche M. 1,50 u. 1,20, empfiehlt

A. W. Prahl, Breitgasse 17.

Prime mildgesalzenen Räucherlachs, Räucheraal, Weichsel-Caviar, ferner

Riesen-Zittauerneungen, Gardinen a l'huile feinste Marken,

echt Rieler Sprotten empfiehlt und versendet zum billigsten Preise

Alex. Heilmann Nechligr., Scheibenrittergasse Nr. 9.

Empfehle meine

Th. Bertling.

Weseler Geld-Lotterie Axel Simonsen, Brodbänkengasse 34, Hütnerberg 14.

Ziehung bestimmt 16. März ex Haupttreffer 90 000, 40 000 M.

Lotterie a 3,50 M. zu haben bei Hermann Lau, Langgasse 71.

Cotterie-Lotto:

Weseler Original 3,25 M. 1/4 M. Antheissche a 10 & in 50 Ar.

Marienburger a 3 M.

Königberger Bierde a 1 M.

Trepower Silber a 1 M.

Wuhmeshallen a 1 M. (545)

Feller jun., Lotterie-Geschäft, Trepower 13, Ecke Portechnaing.

Zähne u. Plomben.

Frau L. Ruppel, am. Dentifliz, Langgasse Nr. 72.

Geldschrank, neu, feuер- u. diebstahler, alte

firma, selbstgem. Arbeit, steht a. Verh. Weideng. 29 Schlosserstr. 1.

„Hackerbräu“.

Ratten, Maus, Wanze, Schwärme, Motten, vert. mit

1 Jähr. Gar., a. empf. m. Präparate.

Do. Tropf., Unger. s. D. Preß-

ling, Gal. approb. Kammerräger, Altes Roh Nr. 7, 1 Treppe.

Monatliche Nachweise über den deutschen Zollgebiet,

nebst Angabe über Großhandelspreise, sowie über die Gewinnung von Zucker.

Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt.

Monatlich ein Heft gr. 80.

Diese Hefte bringen die Zahlen über die gesamte Ein-

Ausfuhr im Spezialhandel nach den 933 Nummern des statistischen

Warenverzeichnisses unter weitgehender Berücksichtigung der Her-

kunfts- und Bestimmungsländer. Die monatlichen Nachweise nach

Mengen (100 kg) werden durch vierjährliche Wertberechnungen ergänzt. Die Hefte erscheinen regelmäßig am 25. des auf den Be-

richtsmonat folgenden Monats.

Preis 6 Mark für den Jahrgang.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Puttkammer & Mühlbrecht, Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft, Berlin NW., Unter den Linden 84. (6265)

Stellung erhält jeder überallhin 4. Damit 6 größerer Laden mit

uml. Ford. per Post. Stellen 4. Gaseinrichtung, Wohnstub., Auswahl. Courier, Berlin-Westend.

A. Bauer, Langgasse 38.

„Hackerbräu“, empfiehle dasselbe in Originalgebinde, sowie 18 Flaschen für 3 M.

N. Pawlikowski, Inhaber: L. O. Maedelburg, Hundegasse Nr. 120.

(6354)

Druck und Verlag von A. W. Raefmann in Danzig

Rübenroh Zucker 1. Produkt Basis 88,90 % Rendement neue Uance, f. a. B. Hamburg per März 14,22%, per Mai 14,45, per September 14,42%, per Dezember 13